

**Oberamteistraße** – Thema wird aus den Etatberatungen herausgenommen. Linke fühlen sich bestätigt

# Entscheidung in Sondersitzung

VON JÜRGEN KEMPF

REUTLINGEN. Die Oberamteistraße ist zusammen mit anderen Sachthemen wie die Rathaussanierung aus den Etatberatungen herausgenommen worden und wird in einer Sondersitzung des Rats am 3. Februar besprochen. Die Linken im Gemeinderat sehen das als »sachdienlich an«, haben sie doch in einem Antrag, der in den Vorberatungen zum Etat eine Mehrheit gefunden hatte, gefordert, dass vor »jeglichen weiteren Entscheidungen«, dem Gemeinderat »zumindest eine Grobplanung über die künftige Nutzung vorzulegen ist«.

Bekanntlich hatte sich Oberbürgermeisterin Barbara Bosch zum Ziel gesetzt, die stadthistorisch wertvolle Häuserzeile Oberamteistraße 28, 30 und 32 samt anschließendem Eckgrundstück Spendhausstraße 7 an Privatinvestoren abzugeben. Dagegen hatte es Widerstand in einigen Gemeinderatsfraktionen, aber auch beim Reutlinger Geschichtsverein gegeben. Der hatte insbesondere kritisiert, dass damit die ursprüngliche Weiterentwicklung des Heimatmuseums ausgeschlossen werde.

Die Linke Liste Reutlingen samt ihrer beiden Mitgliedern im Gemeinderat – Thomas Ziegler und Jessica Tatti – vertreten die Auffassung, dass, bevor zu diesem Altstadt-Ensemble weitere Beschlüsse getroffen werden, der Gemeinderat zuerst zu entscheiden hat, in wel-

cher Form diese historische Häuserzeile in Zukunft weiter genutzt werden soll.

Grundvoraussetzung dafür: Erhalt sowie gegebenenfalls Ergänzung in denkmalpflegerischem Sinne sowie – zumindest überwiegend – für die Öffentlichkeit weiter zugänglich. Schon aus diesen Gründen dürfe eine Veräußerung durch die Stadt an private Investoren keinesfalls infrage kommen, da städtische und bürgerschaftliche Interessen dann jeden Einfluss verlieren, sagen die Linken.

*»Eine Veräußerung  
an private Investoren  
kann nicht  
infrage kommen«*

Ein Nutzungskonzept sollte dagegen insbesondere stadthistorische und andere kulturelle Ausstellungen, Führungen und Versammlungen einschließen. Neben der Entwicklung dieses Nutzungskonzeptes sei die Stadtverwaltung außerdem aufgefordert, »sich zu dafür infrage kommenden Finanzierungs- sowie insbesondere Förderkonzepten kundig zu machen«.

Für die Oberamteistraße wie auch die Rathaussanierung gibt es vorerst keine Etatposten. OB Bosch will das über einen Nachtrag regeln, hieß es in der Finanzausschusssitzung am Donnerstag. (GEA)